

Die Landtagswahl in Sachsen-Anhalt am 6. Juni 2021

VORWAHLBERICHT ZU INDIKATOREN DER SOZIOÖKONOMISCHEN ENTWICKLUNG, ZUM PARTEISYSTEM UND WAHLERHALTEN IM LAND SEIT 1990

Am 6. Juni findet die letzte Landtagswahl vor der Bundestagswahl Ende September statt. Zugleich ist es die erste Wahl, nachdem alle Parteien ihre Personalfragen geklärt haben. Wer als Kandidat bzw. Kandidatin für's Kanzleramt antritt, wer seine und ihre Partei vor allen anderen im Wahlkampf führt und vertritt. Deshalb wird der Wahlausgang von vielen Seiten - Wahlkampfstrategien, mediale Berichterstattung, Parteimitglieder, Bürgerinnen und Bürger - als wichtiges Stimmungsbarometer wahrgenommen, interpretiert und gedeutet werden. Mit dem Wahlergebnis und seinen Deutungen entscheidet sich ein Stückweit auch, mit welcher politischen Grundstimmung dann die (parlamentarische) Sommerpause beginnt, wer im Aufwind und wer im Abwind ist.

Der CDU könnte eine erneute politische Kraftprobe zwischen Bundespartei und Landespartei bevorstehen:

Größere Teile der Landespartei würden einer erneuten lagerübergreifenden Koalition mit SPD und Grünen eine von der AfD tolerierte Minderheitsregierung vorziehen. Angesichts der geringen Unterstützung aus dem Landesverband für Armin Laschet bei seiner Wahl zum Parteivorsitzenden und seiner Ausrufung zum Kanzlerkandidaten der Union wären Stimmenverluste, gar ein zweiter Platz hinter der AfD ein weiterer Anlass für heftige innerparteiliche Verwerfungen.

Für die Grünen wird sich erweisen, wie stark ihr Hoch im Osten tatsächlich ist. Angesichts der rückläufige Umfrage-Werte für Annalena Baerbock könnte bereits ein nur schwaches Plus in Sachsen-Anhalt der Beginn eines anhaltenden Negativ-Trends in den Umfragen sein.

Für die Sozialdemokraten kommt es bundespolitisch darauf an, dass der Balken am Wahlabend nach



oben zeigt, wenn die Wahlkampagne von Olaf Scholz noch an Schwung gewinnen soll.

Ähnliches gilt für die Linkspartei. Eine Verschlechterung gegenüber 2016, etwa auf das Niveau der jüngsten Wahlergebnisse in Sachsen und Brandenburg, würde die Existenzfrage bei der Bundestagswahl verschärfen. Der Co-Spitzenkandidat Dietmar Bartsch erwartet für den Bundestagswahlkampf, »dass die Landtagswahl in Sachsen-Anhalt für uns die Wende bringen wird« (taz, 10.5.2021).

Bundespolitisch bräuchte für die FDP bereits der Wiedereinzug in den Landtag wahlkämpferischen Rückenwind.

Ein Wahlerfolg des am rechten Flügel der Partei angesiedelten AfD-Landesverbandes, und sei es auch nur ein relativer, würde die innerparteilichen Kräfteverhältnisse vermutlich weiter nach rechts verschieben. Bereits durch das aktuelle Mitglieder-Votum für das Spitzenkandidatenpaar Weidel-Chrupalla muss als grandiose Schwächung des Meuthen-Flügels gelten. Weitere innerparteiliche Auseinandersetzungen bereits vor der Bundestagswahl sind zu erwarten.

Politische Einschätzungen zur Entwicklung der Landespolitik und der Ausgangspositionen im Wahlkampf sind in dem von Paul Wellsow verantworteten ersten »luxemburgreport« der neuen Reihe #ländersache zu finden: Vincent Streichhahn: Landtagswahl in Sachsen-Anhalt, April 2021 - <https://www.rosalux.de/publikation/id/44173/laendersache?cHash=eea23aceb53fcaa45b894f68e24fe314>.

Die Datengrundlage dieses Vorwahlberichts wurde zuletzt am 10. Mai aktualisiert.

Inhaltsverzeichnis

Eckdaten zu Demografie und Sozialstruktur - sozioökonomische Indikatoren gesellschaftlicher Entwicklungen und ihrer Wahrnehmung.....	3
Nicht wahlberechtigt: Einwohner ohne die deutsche Staatsangehörigkeit.....	3
Erwerbstätigkeit.....	4
Löhne, Einkommen	6
Zur Entwicklung des Parteiensystems in Sachsen-Anhalt seit 1990	9
Blick auf die Wahlergebnisse	9
»Rechts wählen« in Sachsen-Anhalt	11
»Links wählen« in Sachsen-Anhalt	16
Wahlverhalten, sozialer Status und Bildung.....	18

Eckdaten zu Demografie und Sozialstruktur - sozioökonomische Indikatoren gesellschaftlicher Entwicklungen und ihrer Wahrnehmungen

Sachsen-Anhalt ist ein schrumpfendes Land. Es zählt noch rund 2,18 Mio. Einwohner, die Modelle zur Bevölkerungsentwicklung prognostizieren für die beiden kommenden Jahrzehnte einen weiteren Rückgang bei fortschreitender Alterung der Bevölkerungsstruktur. Ausnahmen von dieser Entwicklung könnten wohl allein die beiden größeren Städte Halle und die Landeshauptstadt Magdeburg schaffen.

1989 waren es noch knapp 3 Mio. Einwohner und Einwohnerinnen gewesen. Allein 1990 verliessen über 90.000 Sachsen-Anhalter das Land, mit Ausnahme des Jahres 2015 sank die Bevölkerungszahl im Durchschnitt im rund 25.000 Köpfe. Bereits vor der Wende war die Bevölkerungszahl rückläufig, von 1966 bis 1990 mit wachsendem Tempo um insgesamt 11%. Ab 1990 bis 2020 lag der Bevölkerungsschwund bei knapp 24%. Dank einer wachsenden Zahl von im Land registrierten Flüchtlingen/Ausländern verringerte sich der Rückgang ab 2013, 2015 gab es erstmals einen leichten Zuwachs, ab 2016 sank die Bevölkerungszahl wieder um bis zu 15.000 pro Jahr. In den vergangenen zehn Jahren nahm nur in den beiden Städten Magdeburg und Halle die Einwohnerzahl (leicht) zu, im übrigen Land sank sie zwischen 6,4% in Landkreis Börde und 13,4% im Landkreis Anhalt-Bitterfeld.

Die Landeshauptstadt Magdeburg und in Halle (Saale) sind die beiden größeren Städte des Landes mit jeweils knapp 240.000 Einwohnern, zusammen gerechnet leben hier rund 22% der Bevölkerung des Landes. In der dritten kreisfreien Stadt Dessau-Roßlau leben etwa 80.000 Menschen. Etwa drei Viertel der Einwohner sind in Gemeinden und Städten mit weniger als 50.000 Einwohnern zu Hause, ein gutes Viertel lebt in Gemeinden mit weniger als 10.000 Einwohnern.

Die Einwohnerdichte der elf Landkreise liegt im Durchschnitt bei 82 Personen je km². Der Altmarkkreis Salzwedel ist – zusammen mit dem Landkreis Prignitz in Brandenburg – der dünnbesiedelste Landkreis der Bundesrepublik Deutschland, und die Landkreise Stendal, Jerichower Land und Wittenberg zählen unter die zehn dünnbesiedelsten Landkreise.

Die schrumpfende Bevölkerung ist zugleich eine überdurchschnittlich „alte“ Bevölkerung. Von den deutschen Staatsangehörigen sind nur 14,2% unter 18 Jahre alt, aber 36,3% sind 60 Jahre und jeder fünfte ist sogar 70 Jahre und älter.

Die **Altersstruktur der Wahlberechtigten** bildet sich entsprechend: Weniger als 6% sind jünger als 25 Jahre, ein knappes Viertel ist zwischen 25 und 45 Jahre alt; 27% befinden sich in der Altersgruppe der 45- bis unter 60jährigen und fast 43% sind 60 Jahre oder älter, fast 24% sogar 70 Jahre und älter.

Nicht wahlberechtigt: Einwohner ohne die deutsche Staatsangehörigkeit

Einwohner. Im Sommer 2020 besaßen nur 5,1% der Einwohner Sachsens-Anhalts nicht die deutsche Staatsbürgerschaft. Von Mitte der 1990er Jahre bis 2012 hatte der Ausländeranteil zu keinem Zeitpunkt die Marke von zwei Prozent überschritten. Bis 2014 stieg der Anteil auf 2,7% oder etwa 60.000 Personen und in den folgende Jahren auf 112.500 im Sommer 2020. In den beiden größeren Städten Magdeburg und Halle betrug der Anteil der nichtdeutschen Staatsangehörigen an den Einwohner 9,9% bzw. 10%. Auch in der ebenfalls kreisfreien Stadt Dessau-Roßlau lag ihr Anteil mit 5,7% ebenfalls über dem Landesdurchschnitt, wie auch im Burgenlandkreis, der im Süden des Landes an der Wirtschaftsregion Leipzig-Halle liegt. In allen anderen Landkreisen besaßen jeweils über 96% der Einwohner die deutsche Staatsangehörigkeit.

Sozialstaatlich integrierte Beschäftigte. Sachsen-Anhalt weist von allen Ländern den niedrigsten Anteil ausländischer Arbeitskräfte unter den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten auf. Im Sommer 2020 betrug ihr Anteil zwischen 4,3%, d.h. rund 34.000 von etwa 790.000 Arbeitskräften (30.6) und 4,7% (37.500 von 801.000) am 30.9. Nach Wirtschaftsbereichen besaßen in der Landwirtschaft knapp 8% der

ST: Erwerbstätige - Verteilung auf Wirtschaftszweige 1991-2020				
	1991	2000	2010	2020
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	4,9%	2,6%	2,2%	1,9%
Produzierendes Gewerbe	40,4%	28,7%	25,3%	26,0%
Produzierendes Gewerbe ohne Baugewerbe	29,2%	15,7%	17,3%	18,1%
Verarbeitendes Gewerbe	24,6%	13,3%	15,4%	16,0%
Baugewerbe	11,2%	13,0%	8,0%	7,9%
Dienstleistungsbereiche	54,7%	68,6%	72,5%	72,1%
Handel, Verkehr, Lagerei, Gastgewerbe, Inf. u.Kom.	20,8%	24,0%	22,9%	23,3%
Finanz-,Vers.,UnternehmensDL,Grundst.,Wohnungsw.	7,0%	11,4%	15,8%	14,5%
Öff.u.s.Dienstleister,Erziehung,Gesundheit,Priv.HH	26,9%	33,3%	33,7%	34,3%

Arbeitskreis "Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder, Berechnungsstand: Februar 2021

sozialversicherungspflichtig Beschäftigten nicht die deutsche Staatsangehörigkeit, im Produzierenden Gewerbe gut 4%, in Handel, Verkehr und Gastgewerbe etwas mehr als 6%, im Wirtschaftsbereich der Unternehmensdienstleistungen waren es 6,5% und im Bereich der öffentlichen und privaten Dienstleistungen nicht einmal 2%. (Hierbei handelt es sich um Angaben zu den Beschäftigungsverhältnissen im Land - Arbeitsortprinzip.)

Erwerbstätigkeit

Arbeitslosigkeit. Die offiziell gemessene Arbeitslosenquote (gemeldete Arbeitslose im Verhältnis zu allen zivilen Erwerbspersonen) lag in Sachsen-Anhalt im Jahresdurchschnitt regelmäßig an der Spitze aller sechzehn Bundesländer. In den Jahren 1997 bis 2005 betrug sie immer knapp über oder unter 20%. Ab 2006 (18,3%) sank sie bis auf 7,1% in 2019, 2020 stieg die Quote wieder auf 7,7%. Damit ist es immer noch die höchste Quote aller dreizehn Flächenländer.

Erwerbstätige. Der Rückgang der Arbeitslosenzahlen verdankt sich der anhaltenden Abwanderung und Alterung der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter, nicht einem Anstieg der Zahl der Arbeitsplätze oder der Erwerbstätigen. 1991 zählte Sachsen-Anhalt 1,277 Mio. Erwerbstätige, darunter 4,9% Selbstständige. Im Jahr 2000 waren es noch 1,072 Mio. (8,0% Selbstständige), zehn Jahre später nur noch 1,026 Mio. mit einer Selbstständigenquote von 9,4%. Aktuell, im Jahresdurchschnitt 2020, liegt die Erwerbstätigenzahl mit 0,991 Mio. erstmals unter der Millionengrenze, die Zahl der Selbstständigen (8,0%) mit knapp 80.000 niedriger als in 2000 (rund 86.000). Der Anteil der »marginal Beschäftigten«, Erwerbstätige mit geringer wöchentlicher Stundenzahl, wird vom Arbeitskreis Erwerbstätigenrechnung der Länder für den Jahresdurchschnitt 2020 ebenfalls mit 8,0%, knapp 80.000 Personen, angegeben. Das entspricht dem Durchschnitt der ostdeutschen Flächenländer und liegt deutlich unter dem westdeutschen Durchschnitt von 11,4%, wobei Rheinland-Pfalz mit 13,2% den Spitzenplatz einnimmt. Die sachsen-anhaltinischen Erwerbstätigen erscheinen als relativ hoch sozialstaatlich (sozialversicherungsrechtlich) integriert. Entsprechend zur sinkenden Zahl der Selbstständigen stieg die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten im vergangenen Jahrzehnt. Im Sommer 2020 (Stichtag 30.6.) standen 856.000 Sachsen-Anhalterinnen in einem sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnis.

Pendler. Von diesen 856.000 Beschäftigten nach dem Wohnortprinzip hatten knapp 715.000 ihren Arbeitsort ebenfalls innerhalb der Landesgrenzen, rund 140.000 pendelten täglich oder wöchentlich zur Arbeit in ein anderes Bundesland. Die »Pendlerquote« von 16,5% zählt zu den höchsten aller Bundesländer. Lediglich in Ländern wie Brandenburg oder Rheinland-Pfalz, die eng mit benachbarten Wirtschaftsstandorten verflochten sind, liegt sie höher. In einem wirtschaftlich starken Bundesland wie Baden-Württemberg lag sie 2020 nur bei 6,3%. Pendlerzahl und Pendlerquote haben in Sachsen-Anhalt im Zuge der Arbeitsmarkterholung nicht abgenommen, sondern leicht zugenommen. Die meisten Pendel-

bewegungen führen in benachbarte Wirtschaftsregionen in Niedersachsen (4,7%) und Sachsen (4,1%). Von mindestens etwa 4% der Pendelbewegungen, die in nicht benachbarte Länder führen, kann aufgrund der Entfernung angenommen werden, dass nicht täglich gependelt wird.

Wirtschaftsstruktur. Der großen strukturellen Umbrüche fanden bis 2005/2010 statt. Wer 1990 mit knapp 30 Jahren am Anfang seines Erwerbslebens statt, erlebte einen - gemessen zumal an den in den Jahren der Schul- und Ausbildungszeit sozialisierten Erwartungen - rasanten Wandel der Arbeits- und Berufswelt. Die Erwerbstätigkeit im Produzierenden Gewerbe ohne Baugewerbe, mit 29,2% aller Erwerbstätigen der relativ dominierende Wirtschaftszweig, lag nach 2020 mit 18,1% nur nicht den dritten Platz ein, hinter dem öffentlichen Dienst und den Erziehungs- und Gesundheitsberufen (34,3%) und hinter dem Wirtschaftszweig Handel, Verkehr, Information, Kommunikation und Gastronomie (23,3%). Auch der Anteil der »unternehmensnahen« Dienstleistungen hat sich mehr als verdoppelt, ist aber im Bereich der Finanz- und Versicherungsdienstleistungen bereits wieder rückläufig.

Struktur der sozialstaatlich erfassten abhängigen Arbeitsverhältnisse. Am 30.9. erfasste die Beschäftigtenstatistik der Bundesagentur für Arbeit insgesamt 903.000 Arbeitsverhältnisse für Sachsen-Anhalter. Darunter waren gut 101.000 geringfügige Arbeitsverhältnisse (11,2%) ohne vollen sozialversicherungsrechtlichen Schutz, wovon 30.000 im Nebenjob ausgeübt wurde. Dementsprechend wurden 801.000 sozialversicherungspflichtig Beschäftigte und 70.000 ausschließlich geringfügig Beschäftigte gezählt. Der Anteil der geringfügig Beschäftigten liegt leicht unter dem Bundesdurchschnitt.

Knapp 70% der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten arbeiteten in Vollzeit, gut 30% in Teilzeit. 15% der Tätigkeiten lagen auf dem Anforderungsniveau »Helfer«, aber nur 8% der Beschäftigten verfügte nicht über eine abgeschlossene Berufsausbildung. Unter den geringfügig Beschäftigten waren es 15% und mehr als zwei von fünf geringfügig Beschäftigten übten »Helfer«-Tätigkeiten aus. 62% der Sozialversicherungspflichtigen arbeitete als »Fachkraft«, 72% besaßen einen dafür erforderlichen Berufsabschluss. Auch zwei Fünftel der Geringfügigen übte eine Tätigkeit auf Fachkraft-Niveau aus. Etwa 13% der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten besaßen einen akademischen Berufsabschluss, immerhin auch 9% der ausschließlich geringfügig Beschäftigten. 21% der Tätigkeiten stellte Anforderungen auf dem Niveau »Spezialist« und »Experte«, bei den geringfügig Beschäftigten waren es immerhin 10%. Im Vergleich mit anderen Bundesländern fällt der Anteil der »Spezialisten« und »Experten« unterdurchschnittlich aus.

51% der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten sind Männer, 49% sind Frauen - gleichwohl ein überdurchschnittlicher Frauen-Anteil. Bei den geringfügig Beschäftigten beträgt das Verhältnis Männer - Frauen 45:55. Knapp 9% der Sozialversicherungspflichtigen sind jünger als 25 Jahre, zwei Drittel sind im Alter zwischen 25 und 55 Jahren, ein Viertel zwischen 55 und 65 Jahre, 1% ist älter als 65 Jahre. Anders sieht es bei den ausschließlich geringfügig Beschäftigten aus: 20% sind jünger als 25 Jahre, ein Drittel ist 65 Jahre und älter (29% sind Rentner).

Die wichtigsten »Männer«-Berufe (>5%-Anteil in Berufshauptgruppen, die mehr als 3% der Beschäftigten stellen) sind Metallbearbeitung (7,0%), Maschinen- und Fahrzeugtechnik (8,8%), Mechatronik, Elektroberufe (5,2%), Hoch- und Tiefbau (5,3%), Gebäude- und versorgungstechnische Berufe (5,6%), Verkehr und Logistik (8,9%), Führen von Fahrzeugen und Transportgeräten (8,6%). Die klassischen Industrieberufe stellen bei weitem nicht mehr - wie noch 1989/90 - die dominierenden beruflichen Milieus männlicher Erwerbsarbeit. Die wichtigsten »Frauen«-Berufe sind Verkaufsberufe (10,9% aller sozialversicherungspflichtig beschäftigten Frauen), Unternehmensverwaltung (13,9%), Berufe in Recht und Verwaltung (6,4%), medizinische Gesundheitsberufe (14,5%), nichtmedizinische Gesundheitsberufe (7,1%), erzieherische, soziale und hauswirtschaftliche Berufe (10,0%). Die abhängige Erwerbstätigkeit von Frauen konzentriert sich auf wenige Berufsgruppen, in denen der Frauenanteil bei 75% bis 85% liegt. Umgekehrt liegt er in den Berufsgruppen, auf die sich Männer überdurchschnittlich verteilen, unter 10% (Ausnahme: Verkehr und Logistik). In den Reinigungsberufen liegt der Frauen-Anteil ebenfalls über 75%, doch stellt diese Berufsgruppe weniger als 5% aller weiblichen Beschäftigten (2,8% aller Beschäftigten). Hier do-

miniert auch die Teilzeitarbeit (72%), ebenso liegen deutliche Schwerpunkte der Teilzeitarbeit in den Verkaufs- und Gastronomie-Berufen, in den nichtmedizinischen Gesundheitsberufen und den erzieherischen und sozialen Berufsgruppen.

Die Berufshauptgruppen der Fahrzeugführung, der Sicherheits- und Überwachungsberufe und der Reinigungsberufe fallen durch einen deutlich erhöhten Anteil (>30%) von älteren Beschäftigten (55 Jahre und älter) auf (neben den lehrenden und ausbildenden Berufen). Einen deutlich unterdurchschnittlichen Anteil älterer Beschäftigten (<20%) gibt es bei den Druckberufen und technischen Mediengestaltung, bei den Umweltschutzberufen, den Informatik und IKT-Berufen, im Tourismus, in den medizinischen und nichtmedizinischen Gesundheitsberufen sowie in den Werbe- und Marketingberufen.

Beschäftigte im Anforderungsniveau »Helfer« finden sich außer in Landwirtschaft und Gartenbau (35% aller dort Beschäftigten) in der Lebensmittelherstellung (35%), in den Hoch- und Tiefbauberufen (26%), in Verkehr und Logistik (ohne Führen von Fahrzeugen) (53%), in den Reinigungsberufen (60%), im Tourismus (24%) und in den nichtmedizinischen Gesundheitsberufen (34%), insbesondere Altenpflege.

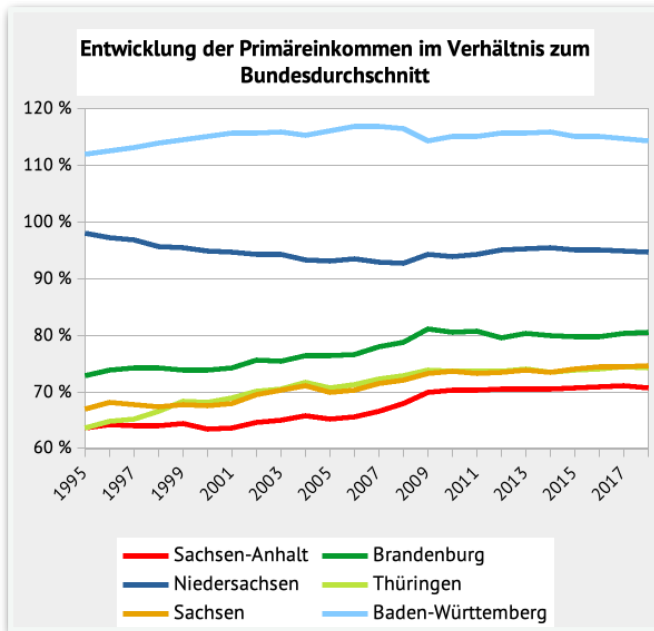
Löhne, Einkommen

Der durchschnittliche Bruttomonatsverdienst der voll-, teilzeit- und geringfügig Beschäftigten in Sachsen-Anhalt lag im Jahresdurchschnitt 2020 nach Angaben des Statistischen Landesamtes bei 2.978 EUR und damit um 2% höher als 2019. Der Durchschnittsverdienst lag um 13,8% unter dem bundesweiten Durchschnitt. Zu berücksichtigen ist dabei, dass in Vollzeit länger gearbeitet wird als im Bundesdurchschnitt, dass die Teilzeitquote und der Anteil geringfügig Beschäftigter unter dem Bundesdurchschnitt liegen, also mehr Vollzeitverdienste in den Landesdurchschnitt eingehen als bundesweit. Das durchschnittliche Bruttomonatsentgelt lag unter Einschluss aller Sonderzahlungen im Jahresverlauf bei 3.539 EUR, in Teilzeit bei 2.254 EUR und für geringfügige Beschäftigung bei 320 EUR. Mit 2,4% war die Steigerung bei Teilzeitstellen stärksten. Die durchschnittliche bezahlte Wochenarbeitszeit bei Vollzeit sank von 39,8 Stunden auf 39,1%, das Bruttoentgelt stieg zugleich um 2,0%. In einigen Bereichen führte die Pandemie zu erheblichen Einbußen. So sank im Gastgewerbe der Bruttojahresverdienst um 11,7% auf nur noch 14.347 EUR.

Bruttoarbeitsentgelte 2019			
Median Monatliche Bruttoentgelte nach Anforderungsniveau (Vollzeit)			
	Sachsen-Anhalt	Baden-Württemberg	Deutschland
Experten	4.710 €	6.019 €	5.566 €
Spezialisten	3.402 €	5.022 €	4.428 €
Fachkräfte	2.552 €	3.455 €	3.140 €
Helfer	2.004 €	2.577 €	2.334 €
Quelle: Arbeitsagentur, Entgelte im Vergleich. Der Medianwert für Experten berücksichtigt nur Entgelte bis zur Beitragsbemessungsgrenze. In Baden-Württemberg lagen 24 Berufsgruppe darüber, in Sachsen-Anhalt nur die Berufsgruppe der angestellten Human- und Zahnmediziner.			
Bruttomonatsverdienste in ausgewählten Berufen und Anforderungsniveau (Vollzeit)			
Lagerwirtschaft, Zustellung, Helfer (M)	1.952 €	2.697 €	2.349 €
Reinigung, Helfer (F)	1.718 €	1.862 €	1.809 €
Altenpflege, Helfer (F)	1.917 €	2.283 €	2.135 €
Maschinenbau, Fachkraft (M)	2.849 €	4.284 €	3.766 €
Quelle: ebd.			

Aufschlussreicher als der Blick auf diese Durchschnittswerte ist ein Blick auf die Median-Werte in den vier Anforderungsniveaus, die die Bundesagentur für Arbeit definiert hat. Das monatliche mittlere Entgelt in 2019 für Tätigkeiten auf dem Anforderungsniveau »Helfer« lag in Sachsen-Anhalt mit 2.004 EUR bei 77,8% des Wertes in Baden-Württemberg und bei 85,9% des Bundesdurchschnittes. Prozentual niedriger lagen die Median-Verdienste bei »Fachkräften« und »Spezialisten«, ähnliche Abstände wie bei »Helfern« verzeichnet die Statistik bei »Experten«, wobei sie hier tatsächlich höher sein dürften, da z.B. für Baden-Württemberg die über der Beitragsbemessungsgrenze liegenden Entgelte von 24 Berufsgruppen nicht erfasst werden.

Die Verdienste in ausgewählten »typischen« Berufen liegen teilweise noch stärker auseinander. Eine männliche »Fachkraft« im Maschinenbau kommt in Sachsen-Anhalt nur auf

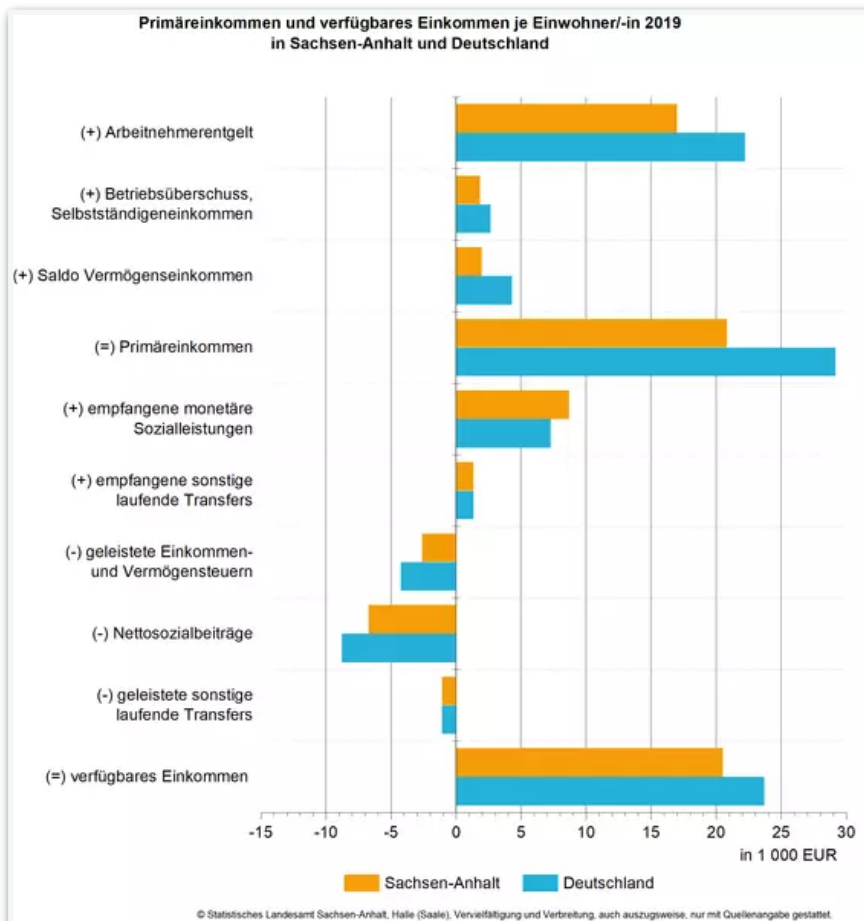


66,5% des Verdienstes eines Kollegen in Baden-Württemberg und 75,7% des Bundesdurchschnitts. Bei den ohnehin niedrigeren Verdiensten in typischen Frauenberufen ist die Angleichung größer: eine Helferin in der Altenpflege verdient in Sachsen-Anhalt knapp 90% des Bundesdurchschnitts, eine weibliche Reinigungskraft 95%.

Die sozialversicherungspflichtigen Verdienste sind nur ein Aspekt des Vergleichs und auch der Primäreinkommen. Zu diesen »am Markt« erzielten Einkommen zählen alle Einkommen aus Arbeit, Besitz und Vermögen. Die Primäreinkommen der privaten Haushalte je Einwohner lagen - siehe die Berechnungen des Arbeitskreises Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder - in Sachsen-Anhalt im Jahr 2018 bei 19.916 EUR.

Damit blieb das Land mit Abstand Schlusslicht aller Länder. Von 1995 bis 2010 verringerte sich der Abstand zum Bundesdurchschnitt leicht, seitdem stagniert er auf dem Niveau von 70% des bundesdurchschnittlichen Markteinkommens pro Kopf. Die Stagnation erklärt sich zum Teil durch den steigenden Altersdurchschnitt bzw. Rentner-Anteils. Gleichwohl ist das Pro-Kopf-Primäreinkommen ein Indikator für allgemeinen Lebensstandard und Steuerkraft. Ähnliche Veränderungen in der Altersstruktur gibt es auch in Nachbarländern, jedoch liegt das Pro-Kopf-Markteinkommen dort höher: in Sachsen bei 21.046 EUR,

in Thüringen bei 20.918 EUR, in Brandenburg bei 22.718 EUR, in Niedersachsen bei 26.702 EUR. Der Spitzendurchschnitt liegt mit 32.211 EUR in 2018 in Baden-Württemberg.



Weniger groß sind die Abstände beim verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte, also dem Einkommen, welches nach der sozialstaatlichen Umverteilung (direkte Steuern, Sozialtransfers) zur Verfügung steht. Von 2005 bis 2010 fand eine Annäherung von 76,5% des Bundesdurchschnittes auf 83,9% statt, seitdem oszilliert der Wert um 85%. Allerdings ist es mit rund 15% zum Bundesdurchschnitt immer noch der größte Abstand aller Länder. Die sozialstaatliche Umver-

teilung bewirkt indes eine merklich Abflachung der Einkommensunterschiede. Lag Sachsen-Anhalt bei den Markteinkommen bei 70,6% des Bundesdurchschnitts und Baden-Württemberg bei 114,2%, so lauten die Werte für die verfügbaren Einkommen 85,3% und 108,7% in 2018. Seit 2011 liegen in Sachsen-Anhalt als letztem Bundesland die Markteinkommen leicht über den verfügbaren Einkommen, d.h. es fließt von den privaten Haushalten mehr in die öffentlichen Haushalte als umgekehrt. Hierbei handelt es sich um knapp 2% der Markteinkommen, während es in Sachsen 3,4%, in Thüringen 5,4%, in Brandenburg 9,9%, in Niedersachsen 17,7% und in Baden-Württemberg 22,7% sind.

Innerhalb des Landes blieben und bleiben die Abstände in der wirtschaftlichen Entwicklung (der Einkommen) groß. Die Markteinkommen der privaten Haushalte lagen pro Kopf 1995 im Landkreis Mansfeld-Südharz bei 90,4% des Landesdurchschnitts und bei 110,5% in der Stadt Halle. Gut zwanzig Jahre später lagen die Landkreise Börde, Saale und Jerichower Land weit über dem Landesdurchschnitt, während Mansfeld-Südharz noch weiter zurückgefallen war, von rund 20 Prozentpunkten war der Unterschied auf 27 Punkte gewachsen. Durch die sozialstaatliche Umverteilung verringerte sich die Spanne bei den Sekundäreinkommen (verfügbaren Einkommen) auf 9 Prozentpunkte (Landkreis Stendal und Landkreis Börde). Während die drei oben genannten Landkreise bereits 1995 über dem Landesdurchschnitt bei den Markteinkommen lagen, ist zwischenzeitlich nur im Altmarkkreis Salzwedel und im Landkreis Harz eine (leicht) überdurchschnittliche Entwicklung eingetreten, während die kreisfreien Städte Dessau-Roßlau und Halle unter den Durchschnitt fielen - im Fall der Stadt Halle handelt es sich womöglich um ein statistisches Artefakt durch den Zuzug von Studierenden und Migranten.

Einkommen der privaten Haushalte in kreisfreien Städten und Landkreisen						
	Verhältnis zum Landesdurchschnitt				Verfügbare Einkommen in v.H. Primäreinkommen	
	Primäreinkommen		verfügbare Einkommen		1995	2018
	1995	2018	1995	2018		
Sachsen-Anhalt	100 %	100 %	100 %	100 %	100,6 %	98,1 %
Dessau-Roßlau	103,3 %	97,5 %	104,9 %	102,6 %	102,2 %	103,3 %
Halle (Saale)	110,5 %	93,1 %	105,9 %	91,3 %	96,5 %	96,2 %
Magdeburg	105,1 %	102,4 %	103,7 %	96,8 %	99,3 %	92,7 %
Altmarkkreis Salzwedel	98,1 %	106,5 %	93,1 %	102,8 %	95,5 %	94,7 %
Anhalt-Bitterfeld, Landkreis	96,5 %	97,5 %	102,0 %	100,3 %	106,3 %	100,8 %
Jerichower Land, Landkreis	104,0 %	109,3 %	103,8 %	105,1 %	100,3 %	94,2 %
Börde, Landkreis	105,8 %	115,1 %	103,8 %	106,0 %	98,6 %	90,3 %
Burgenlandkreis	96,5 %	96,3 %	99,7 %	100,6 %	103,9 %	102,5 %
Harz, Landkreis	97,5 %	100,3 %	97,8 %	101,9 %	100,9 %	99,6 %
Mansfeld-Südharz, Landkreis	90,4 %	87,9 %	97,1 %	97,8 %	108,0 %	109,1 %
Saalekreis	105,1 %	109,5 %	106,2 %	105,5 %	101,6 %	94,4 %
Salzlandkreis	91,5 %	93,1 %	90,5 %	97,8 %	99,5 %	103,0 %
Stendal, Landkreis	95,0 %	96,2 %	87,4 %	97,0 %	92,6 %	98,9 %
Wittenberg, Landkreis	99,3 %	99,6 %	101,3 %	103,0 %	102,6 %	101,4 %

Quelle: VGRdL (12.05.2021)

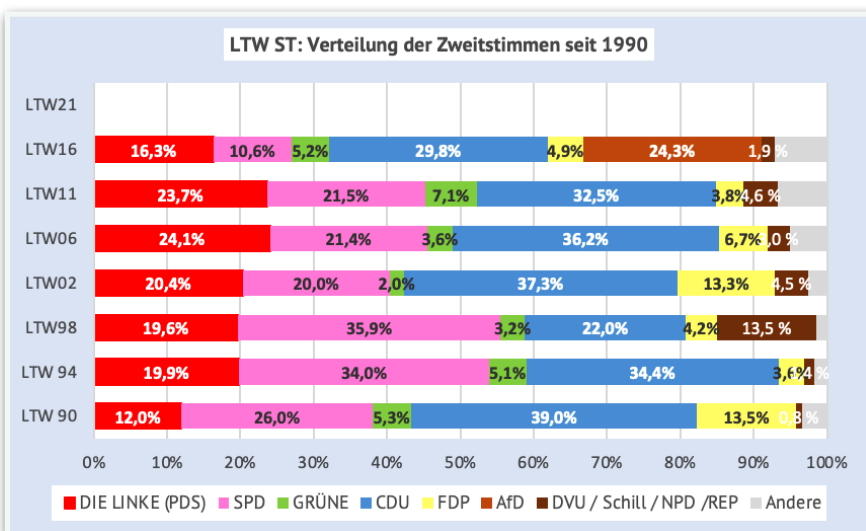
Zur Entwicklung des Parteiensystems in Sachsen-Anhalt seit 1990

Blick auf die Wahlergebnisse

Mit der Landtagswahl 2016 und dem Aufstieg der AfD zur zweitstärksten Partei hat sich das sachsen-anhaltinische Parteiensystem grundlegend verändert. Nach der ersten Landtagswahl 1990, mit der fünf Parteien ins Magdeburger Parlament gewählt wurden, entwickelte es sich bei den Landtagswahlen 1994 bis 2011 als ein Drei-Parteien-System aus PDS bzw. DIE LINKE, SPD und CDU. 1994 und 2011 wurde dieses System »ergänzt« durch eine Landtagsfraktion der Grünen, 2002 und 2006 durch eine Fraktion der FDP und 1998 durch eine Fraktion der rechtsradikalen DVU, auf die 12,9% der Zweitstimmen entfallen waren.

1990, 2002, 2006 und 2011 stellte die CDU die mit Abstand stärkste Fraktion, 1998 lag die SPD deutlich vor der CDU, 1994 konkurrierten beide Parteien um diese Position.

Ab 2016 macht indes die AfD der CDU den Platz der stärksten Fraktion streitig. Die Parteien links von der CDU versammeln gerade



noch 32% der gültigen Zweitstimmen. Bei den Wahlen 1994 und 1998 waren es noch annähernd 60% gewesen.

1994 tolerierte die PDS eine rotgrüne Minderheitsregierung, 1998 eine sozialdemokratische Minderheitsregierung jeweils unter Ministerpräsident Reinhard Höppner. Eine Koalition zwischen SPD und PDS scheiterte 1998, durchaus gegen den Willen von Höppner, am Veto der SPD-Bundesspitze, die sich vor negativen Auswirkungen auf die Bundestagswahl fürchtete.

2002 erklärte Höppner sich zu einer Koalition mit der PDS wie mit der CDU bereit. Indes hatte sich die Stimmungslage für die SPD in Bund und Land dramatisch verändert. Nach acht Jahren SPD-Regierung war Sachsen-Anhalt in den Augen der Öffentlichkeit wie in der

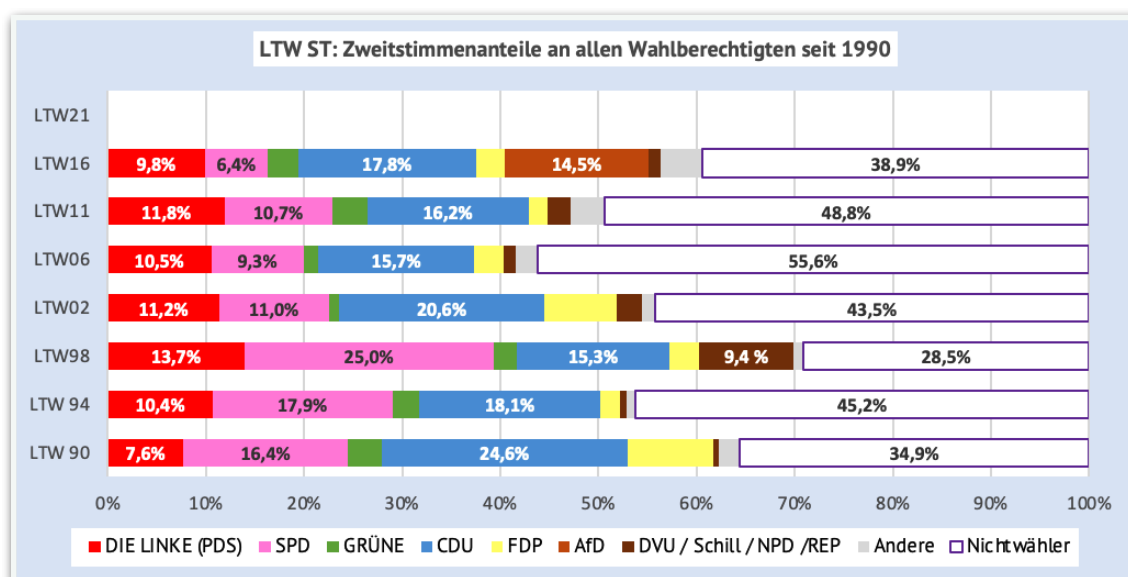
Jahr	Gesamt	CDU	SPD	FDP	Linke ¹	Grüne	AFD	DVU
1990	106	48	27	14	12	5	-	-
1994	99	37	36	-	21	5	-	-
1998	116	28	47	-	25	-	-	16
2002	115	48	25	17	25	-	-	-
2006	97	40	24	7	26	-	-	-
2011	105	41	26	-	29	9	-	-
2016	87	30	11	-	16	5	25	-

Selbstwahrnehmung vieler Einwohner nicht voran gekommen, im Gegenteil. Die Zeitung »Die Welt« fasste die Stimmungslage so zusammen: »Schlusslicht, letzter Platz, Rang 16 in der Länder-Liga, rote Laterne - Reinhard Höppner mag diese Begriffe nicht mehr hören. Seit seinem Amtsantritt als Ministerpräsident von Sachsen-Anhalt vor acht Jahren wird der Sozialdemokrat immer wieder mit der schlechten wirtschaftlichen Situation seines Landes konfrontiert. Investitionen und Transfers hin oder her - gut elf Jahre nach der Vereinigung Deutschlands scheint es, als müsse sich Sachsen-Anhalt mit dem Verlierer-Image abfinden. Mit

18,2 Prozent weist es die höchste Arbeitslosigkeit im Ländervergleich auf. Die 2,6 Millionen Einwohner Sachsen-Anhalts erbringen mit durchschnittlich rund 30 000 Mark jährlich die geringste Wirtschaftsleistung.« (4.1.2002)

Die Landtagswahl am 21.4.2002 gewann die CDU deutlich und stellt seit dem den Ministerpräsidenten. Zunächst koalierte sie unter Ministerpräsident Wolfgang Böhmer mit der FDP, 2006 dann mit der SPD. Nach der Landtagswahl 2011 wurde Rainer Haseloff Ministerpräsident einer CDU-SPD-Regierung, seit 2016 führt er eine »Kenia«-Koalition aus CDU, SPD, und Grünen.

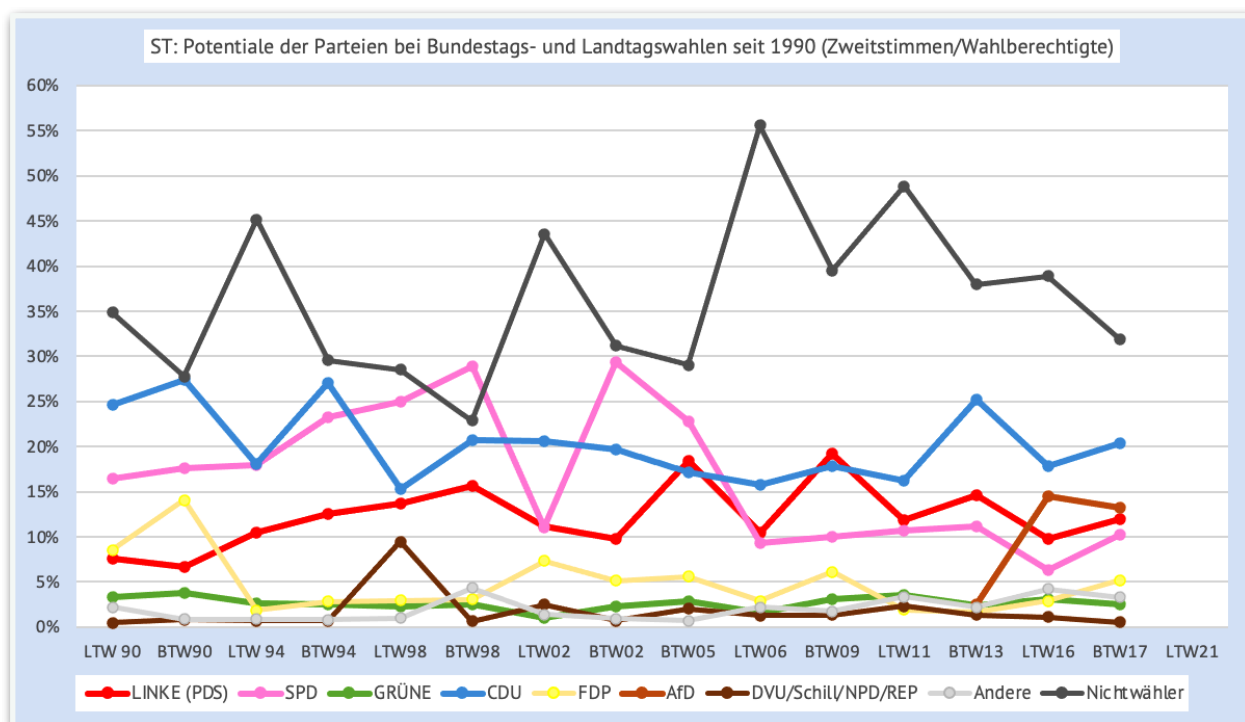
Die Linke bzw. die PDS tolerierte für zwei Wahlperioden eine Minderheitsregierung. Die Landtagswahl 2002 bestritt sie mit dem Ziel, anschließend Koalitionsverhandlungen mit der SPD führen zu wollen. Allerdings erlitt der Wunschpartner eine verheerende Wahlniederlage, statt einer rot-roten Regierung wählten die Sachsen-Anhalter eine schwarz-gelbe Regierung. Seitdem fungiert die LINKE als linke und bis 2016 stärkste Oppositionspartei. Die Landtagswahl 2011 brachte zwar eine satte rechnerische Mehrheit für eine rot-rot-grüne (64 zu 41 Parlamentssitze) und auch für eine rot-rote (55 zu 50 Parlamentssitze) Landesregierung, daraus wurde aber keine reale politische Option, wegen erheblicher politischer Differenzen in der Haushaltspolitik, aber nicht zuletzt auch, weil der Linkspartei in dieser Konstellation als stärkster Partei das Amt des Ministerpräsidenten zugestanden hätte. Seit 2016 stellt DIE LINKE die kleinste und die AfD die größte Oppositionsfraktion mit den entsprechenden parlamentarischen Vorrechten.



Die Verteilung der abgegebenen gültigen Stimmen spiegelt die politischen Kräfteverhältnisse im Land nur unzureichend. Sachsen-Anhalt zählt zu den Ländern mit der niedrigsten Wahlbeteiligung bei Landtagswahlen. An der Landtagswahl 2006 beteiligten sich fast 56% der wahlberechtigten Bürgerinnen und Bürger nicht, an den Wahlen 1994, 2002 und 2011 nahmen 44%-49% nicht teil. Bei diesen Wahlen mit hoher Wahlenthaltung sind die Ergebnisse der drei großen Parteien - Ausnahme: 1994 - erstaunlich stabil. Die CDU erhielt immer etwa ein Drittel der Stimmen aller Wahlberechtigten, die LINKE ein Neuntel und die SPD etwa ein Zehntel.

Ein Ausnahme stellt die Wahl am 26. April 1998 dar. Nach vier Jahren Minderheitsregierung war das politische Interesse an der Landtagswahl außerordentlich hoch, die Wahlbeteiligung stieg um 17 Prozentpunkte auf 71,5%. Die SPD erhielt von einem Viertel der Wahlberechtigten die Stimme, auch die PDS erzielte, gemessen an absoluten Stimmen, ihr bestes Ergebnis. Gleichzeitig erhielt die rechtsradikale DVU von etwa jeder elften wahlberechtigten Person die Stimme (12,9% der gültigen Stimmen).

Schlug 1998 die sprunghaft gestiegene Wahlbeteiligung nach links aus, so war bei der letzten Landtagswahl 2016 das Gegenteil der Fall. Gegenüber der Vorwahl lag die Wahlbeteiligung um zehn Punkte



höher, die LINKE und deutlich noch die SPD verloren an Rückhalt in der wahlberechtigten Bevölkerung, während die CDU leicht zulegen und die AfD von 14,5% der Wahlberechtigten gewählt wurde. Eine Regierungsbildung ohne die AfD nötigte Parteien des demokratischen Spektrums zu einer Zusammenarbeit jenseits der traditionellen politischen Lager-Geographie, gleichwohl repräsentierte die »Kenia«-Koalition gerade einmal 27,3% der Wahlberechtigten.

Vergleicht man die Potentiale der Parteien bei Bundestags- und Landtagswahlen in Sachsen-Anhalt, zeigt sich bis zur aktuellen Wahl für die CDU wieder ein leichter Aufwärtstrend. Sie liegt im Durchschnitt bei einem Fünftel der Wahlberechtigten, wobei sich die Unterschiede zwischen Bundestags- und Landtagswahlen wieder abgeschliffen haben. Anders verhält es sich bei SPD und PDS/Linkspartei. Beide Parteien verzeichnen bis zur Bundestagswahl 1998 eine stetige Ausweitung ihres Potentials auf beiden institutionellen Ebenen. Während die SPD das Potential von 1998 auch bei der Bundestagswahl 2002 wieder ausschöpfen kann, bricht sie wenige Monate später bei der Landtagswahl dramatisch ein. Mit Blick auf die folgenden Landtagswahlen kann man sagen: 2002 verliert die SPD - mit der Aussicht auf eine rot-rote Zusammenarbeit - ihren landespolitischen Rückenwind und fällt auf ihre neue Kern-Wählerschaft zurück, über die hinaus sie auch bei den Bundestagswahlen 2009, 2013 und 2017 nicht mehr mobilisieren kann. Bei der Landtagswahl 2016 zeigte sich, dass sogar weitere Einbrüche möglich sind.

Der Aufstieg der PDS, ihr Gründungsimpuls als »ostdeutsche Interessenvertretung«, erreicht in der Wählerschaft 1998 seinen Höhepunkt. Sowohl bei der Landtags- wie bei der Bundestagswahl 2002 kommt es zu Einbrüchen von fast einem Drittel. In der Bundestagswahl 2005 profitiert die PDS/Linkspartei von den Protesten gegen die rotgrünen Arbeitsmarktreformen und dem Gründungsimpuls der WASG. Das war auch bei der Bundestagswahl 2009 noch der Fall, nicht aber bei der Landtagswahl 2006. Im weiteren Verlauf werden die positiven Ausschläge bei Bundestagswahlen, der politische Wert der Partei in der Bundespolitik, deutlich schwächer, das Potential nähert sich von oben der Zehn-Prozent-Marke der Landespolitik.

»Rechts wählen« in Sachsen-Anhalt

Der Wahlerfolg der »Deutschen Volksunion« DVU 1998 kam einer politischen Eruption gleich. Bei den Wahlen 1990 und 1994 erreichten Parteien am rechten Rand des politischen Spektrums zusammen nie

mehr als zwei Prozent der gültigen Stimmen oder mehr als ein Prozent der Stimmen aller Wahlberechtigten. Nun landete die DVU bei 12,9% der Zweitstimmen und 9,0% aller Wahlberechtigten.

Der DVU-Vorsitzende Frey investierte rund 3 Millionen DM - mehr als CDU und SPD zusammen - in einen reinen Medien-Wahlkampf, ohne Wahlkampfveranstaltungen und Personalisierungen. Die Parolen auf den Wahlplakaten lauteten »Rettet die D-Mark«, »Deutsches Geld für deutsche Arbeitsplätze«, »Kriminelle Ausländer raus, von den Großflächen rief es »Lass dich nicht zur Sau machen! Dein Protest bei der Wahl gegen die Schweinereien von oben. DVU« und »Diesmal Protest wählen. DVU«. Damit sprach die DVU Lebensgefühle im »Downsizing« an, in einer Alltagswelt aus Betriebsschließungen, anhaltend hoher Arbeitslosigkeit und sozialer Schrumpfung: *»Persönlich verlor das Leben seinen Grund, sozial seine Bewandnis, kulturell wurde es all dessen beraubt, was dem Dasein Sinn und Würze gibt; mit jedem hinzu kommenden Moment drehten sich die Abwärtsspiralen schneller. Die ersten gingen, weil sie keine Arbeit oder keine Lehrstelle fanden, und nahmen dadurch anderen die Arbeit, im Dienstleistungssektor, im Bildungssystem, in kulturellen Einrichtungen, in der Verwaltung. Das städtische Leben verarmte zusehends, und das bestimmte selbst jene zum Wegzug, die gern geblieben wäre, auch ohne Arbeit. Sie gingen, weil andere bereits gegangen waren, weil es keinen verlässlichen sozialen Austausch, kein reges kulturelles Leben mehr gab. Finanzlage, infrastrukturelle Ausstattung und kulturelles Klima von Kommunen und Landkreisen verschlechterten sich weiter, die Abwanderung hielt sich auf hohem Niveau und dadurch entfiel der letzte Anreiz, der schon ansässige Unternehmen zu Investitionen, neue zum Zuzug hätte veranlassen können.«* (Engler 2002, S. 118-119)

Die DVU erreichte in allen Landkreisen über 10% der Zweitstimmen, im nördlichen Landkreis Stendal (Kreiseinteilung: Stand 1998) mit 10,1% der gültigen Stimmen (7,0% der Wahlberechtigten) das schlechteste und das beste mit 17,4% der Stimmen (12,3% der Wahlberechtigten) im Landkreis Bitterfeld das beste Ergebnis. Nur in 6 (nördlichen) der 49 Wahlkreise lag die DVU knapp unter 10%. Eine Konzentration überdurchschnittlicher DVU-Anteile gab es im ehemaligen industriellen Zentrum des Landes, in Bitterfeld, Wolfen, Bernburg, Köthen, Halle, im Salzland- und Saale-Kreis.

Hier holte 18 Jahre später, 2016, auch die AfD ihre besten Ergebnisse. Auch sie erzielte einen flächendeckenden Durchbruch mit Wahlkreisergebnissen zwischen 21,6% in Wittenberg und 31,9% in Bitterfeld. Lediglich in drei von vier Wahlkreisen in Magdeburg und zwei von vier Wahlkreisen in Halle blieb die AfD 2016 zum Teil deutlich (so mit 13,1% im Wahlkreis Halle III) unter der 20%-Marke. Diese Kontinuität deckt sich mit der Demografie im Wahlverhalten.

Geburtsjahrgänge	Alter von ... bis unter ...	Männer	Frauen	Insgesamt
1974-1980	18 - 25	31,7 %	17,9 %	25,4 %
1964-1973	25 - 35	26,2 %	17,8 %	22,0 %
1954-1963	35 - 45	20,9 %	13,5 %	17,1 %
1939-1953	45 - 60	15,1 %	9,7 %	12,4 %
Vor 1939	60 und mehr	5,9 %	4,1 %	4,9 %
Zusammen		17,1 %	10,3 %	12,9 %

Statistisches Landesamt, repräsentative Wahlstatistik

Die DVU erzielte ihre besten Ergebnisse unter den jüngeren Wahlberechtigten und hier vor allem unter den männlichen. Von den unter 25jährigen Männern erhielt sie fast ein Drittel der Stimmen, von den 25- bis 34jährigen mehr als ein Viertel. Wer 1998 jünger als 35 Jahre alt war, der oder die wurde zwar in der DDR sozialisiert, hatte aber kaum bereits die Lebenszeit gehabt, sich ein soziales - berufliches wie familiäres - Leben aufzubauen.

Im Gegenteil, mit den sozialen Zusammenbrüchen gingen auch die Orientierungsmarken für verlässliche Lebensplanungen verloren. Der Weg des Protestes nach rechts war insofern vorstrukturiert, als vielfach die PDS als Erbe der »SED-Misswirtschaft«, Funktionäre der CDU wie der PDS als Mitglieder »alter Seilschaften« und die Landesregierung als Partnerin der »Treuhänd« galten und auch als verlängerter Arm der »West-Parteien« angesehen wurden.

EXKURS: »SCHEITERN IN OSTDEUTSCHLAND - ...

... *Das ist ein ganz eigenes Phänomen.*« diagnostizierte Wolfgang Engler Anfang des Jahrtausends (Engler 2002, S. 155). In seinem Essay über die »Ostdeutschen« zehn Jahre nach der Wende blickte Engler auf Eigenheiten der ostdeutschen Gesellschaft, ihrer sozialen Alltagswelten und Erfahrungen. Zu den Eigenheiten, die zu berücksichtigen für ein Verständnis des Wahlverhaltens hilfreich sein kann, zählte Engler die Erfahrungswelt der »arbeiterlichen« Gesellschaft, den sozialen Schock der Wende und die fehlende (neoliberale) Individualisierung sozialer Strukturprozesse.

Die »arbeiterliche Gesellschaft« war eine, in der Arbeiter jenseits der formellen sozialen Rand- und Hierarchieordnungen hohes Ansehen genießen: *»Arbeiter, die von sich selbst eine hohe Meinung haben, mit Stolz auf die eigenen und mit Geringschätzung auf andere soziale Gruppen blicken, die nicht oder nicht richtig arbeiten, fanden und finden sich in jeder industriellen Arbeitsgesellschaft, gleich welchen Typs. Auf Arbeiter, die in den Augen der anderen denselben hohen Rang einnahmen, den sie sich selbst beimaßen, traf man nur in den arbeiterlichen Gesellschaften Ost-Mitteleuropas.«* (Engler 2002, 76) Der alten Bundesrepublik war nicht nur diese informelle Anerkennungsordnung fremd und suspekt, der wirtschaftliche und soziale Verlauf der Vereinigung entzog dieser Ordnung auch die soziale Basis. Ostdeutschland wurde zu einer »Transfergesellschaft«, die Volksbewegung vom Herbst 1989 scheiterte: *»Darauf gerichtet, persönliche Lebensführung, Beruf und sozialen Zusammenhang aus staatlicher Vormundschaft und administrativer Direktion zu lösen, mündete sie in einen Prozess, der die Abhängigkeit des Alltagslebens vom Staat, von staatlichen Umverteilungen und Zuwendungen und damit einhergehenden Kontroll- und Sanktionsmechanismen über jedes damals vorstellbare Maß hinaus gesteigert hat.«* (Engler 2002, 121)

Die schockartig einsetzende soziale Zerstörung und Schrumpfung wurde oben unter dem Stichwort Downsizing bereits skizziert. In der Gesamtschau: *»Fasst man alle zusammen, die aufs Abstellgleis gerieten, in Wartesäle geschoben oder mit Arbeitstherapie abgefunden wurden, dann schwillt das Heer der Unglücklichen und Überflüssigen auf ein Mehrfaches an, auf rund 3,5 Millionen. Gemessen an den für den Arbeitsmarkt überhaupt in Frage kommenden Erwerbspersonen führt annähernd jeder und jede zweite Ostdeutsche eine prekäre Existenz.«* (Engler 2002, 137) Die materielle Seite besaß zugleich eine ideelle: *»Als sei das Leben unter dem Volkseigentum ein Verbrechen gewesen, unterzog man die Ostdeutschen einer wahren Tortur. Je einschneidender sie persönlich erlebt wurde, desto gefährdeter war die nackte Existenz. Mancher ging daran zugrunde ... Aber auch die Robusteren gingen gezeichnet aus der Operation hervor, fühlten sich ... verurteilt, »ohne was verbrochen zu haben.«* (Engler 2002, 155)

In angelsächsischen Gesellschaften vor allem, schwächer in den westlichen kontinentaleuropäischen Gesellschaften wird soziales Scheitern schnell als persönliches Versagen gedeutet: zu wenig geleistet, die falschen Entscheidungen getroffen. Das neoliberale Gesellschaftsbild hat diese Individualisierung von sozialen Strukturen in Richtung »Eigenverantwortung« und »Selbstvermarktung« auf die Spitze getrieben. Diesem Deutungsmuster verweigerten sich »die Ostdeutschen« und »fassen ihr soziales Scheitern unbeirrt in sozialen Begriffen«. Warum verfährt man so mit uns? Wo liegen die Ursachen für unser Scheitern? Wer trägt die Verantwortung? Was hätten wir anders machen können? Auf diese Frage gäbe es im Osten ein anderes Antwortmuster als im Westen. *»Soziales Scheitern, im strengen Sinn des Wortes, war für die Mehrheit der Ostdeutschen ein Fremdwort. Berufliche Laufbahn, Ansehen, Einkommen und Lebensstandard mochten den eigenen Wünschen entsprechen oder hinter ihnen zurückbleiben; die Grundlagen der Existenz blieben davon unberührt - sofern man sich ruhig verhielt. (...) Soziales Scheitern war entweder kein Thema oder bewusst einkalkuliert oder von oben erzwungen; im ersten Fall gab es keine Schuldigen, im zweiten Schuldige ohne Schuldgefühl, im dritten trug der Staat die Schuld; kein Anlass zu Verzagtheit und Zerknirschung, zu Selbstzweifel und Gewissensnöten. Als das soziale Scheitern nach 1990 in den Osten Deutschlands zurückkehrte und epidemischen Charakter annahm, wurde dieses Muster weitgehend reaktiviert. Die Jagd nach Schuldigen lief von Adresse zu Adresse, wechselte Ansatz- und Angriffspunkte, ohne den einmal eingeschlagenen Kurs zu verlassen.«* (Engler 2002, 135-136)

Zur »Jagd nach Schuldigen« zählte bereits früh die Gewalt gegen die Land verbliebenen migrantischen Arbeitskräfte, die roheste und brutalste Form, aufkommenden Selbstzweifel zu bannen. Die Fremdzurechnung

des eigenen Scheiterns, der Vergeblichkeit des eigenen Bemühens um einen subjektiv angemessenen Platz in der neuen Gesellschaftsordnung diene jenseits dessen vor allem der Identitätsbildung: *»In der Abwägung sämtlicher Faktoren, die die eigene Lage beeinflussen, wiegen die objektiven bei weitem am schwersten. Das, was man mit anderen teilt - die stumme und deprimierende Macht der Verhältnisse - gibt dem Urteil den Ausschlag, drängt Selbstzweifel an den Rand. Die Fremdzurechnung des Scheiterns wird den Ostdeutschen durch die Umstände aufgenötigt.«* (Engler 2002, 137)

Welchen Namen bekommen diese »Umstände«? Linke Deutungsmodelle in der Tradition der Klassengesellschaft und des Klassenkampfes waren durch die Lehrbücher der Politischen Ökonomie weitgehend entleert und die soziale Praxis kontaminiert. Wer in der PDS in den neunziger Jahren den Begriff »Klasse« nutzte, zählte auch dort zu den Ewiggestrigen, die aus der Geschichte nichts gelernt hätten. Als zentrales Charakteristikum der »Umstände« wurde naheliegend schnell die westdeutsche Landnahme erkannt. Ihre Art und Weise schuf den Nährboden für eine Quasi-Ethnisierung der sozialen Konflikte in Ostdeutschland in den 1990er Jahren und darüberhinaus, ihre Interpretation als ein Innen-Außen-Konflikt. Die Berufung auf »ostdeutsche Erfahrungen« und auf eine »ostdeutsche Identität«, die bei weitem nicht alle Ostdeutschen teilten, ordnete sich in die Innen-Außen-Logik ein. Einerseits ging es dabei um die sozialen Rechte einer Minderheit gegen »die da oben«. Andererseits: Die da oben, das hatte man wiederum in der DDR lernen können, fürchteten besonders die »nationale (deutsche) Frage«. Protest gegen die da oben durch Wahl einer rechts-nationalen Partei auszudrücken, lag somit im Rahmen des Erfahrungshaushalt junger Ostdeutscher mit »arbeiterlicher« Herkunft nicht fern.

Die Diagnose von Engler erläutert zeitgenössisch die Mechanismen der Verwandlung einer sozialen Identität - des Arbeiters in der östlichen Industriegesellschaft - in eine - zunächst noch sozial konfrontierte - ostdeutsche Identität, in einen Innen-Außen-Konflikt. Der Wahlerfolg der DVU 1998 kann dabei als Frühform dieser Verwandlung begriffen werden, die Erfolge der AfD als seine Vollendung: *»Die Empörung über die soziale Ausmusterung von Millionen Menschen, die sich im Vollbesitz ihrer körperlichen und geistigen Kräfte fühlen, ist dann am unversöhnlichsten, wenn sie Gesellschaften erfasst, die über alle Ressourcen verfügen, dem Notstand abzu helfen und es dennoch nicht tun, und wenn Personen sie vorbringen, die unter ärmlicheren Umständen empfindlichere Gerechtigkeitsvorstellungen entwickelten. Insofern könnten die Letzten, die der »westlichen Werteordnung« beitreten, die Ersten sein, die sie wieder ernstlich in Verlegenheit bringen; in der Manier, ein System beim Wort seiner versammelten Prinzipien zu nehmen und dadurch von innen zu entwaffnen, sind sie jedenfalls geübt.«* (Engler 2002, 144) In dieser Fähigkeit mag der eigentlich Kern des »Erfahrungsvorsprungs Ost« liegen.

2002 wies Engler auf einen entscheidenden Aspekt hin, aus dem die AfD bei ihren Erfolgen ab 2014 Funken schlug: Gesellschaften, die über alle Ressourcen verfügen, dem Notstand abzu helfen und es dennoch nicht tun. Das kein Geld da sei, war sowohl das Stabilitätsversprechen (Schuldenbremse) als auch die Entschuldigung (Sparpolitik) für gedrückte und bedrückende Lebensverhältnisse, denen der Staat tatenlos zu sah. Und als die Banken gerettet werden mussten und als die Flüchtlinge ins Land kamen, war plötzlich Geld genug... Rechte Wahlerfolge leben nicht vom Ressentiment allein.

Klaus Dörre spricht mit Blick auf ganz Deutschland von einer »rechten Tiefengeschichte«, die sich in der Wahl nationalradikaler, populistisch auftretender rechter Parteien äußere. Er machte sie in seinen soziologischen Befragungen und Beobachtungen bereits seit den 1980er Jahren in Westdeutschland unter jungen Gewerkschaftern aus, die sich als Wähler der »Republikaner« (REP) bekannten: *»Ihr Gesellschaftsbild unterschied sich in wichtigen Dimensionen kaum von der Weltsicht sozialdemokratischer Altersgenossen. Gerechtigkeitsvorstellungen adressierten sie vornehmlich an einen nationalen Wohlfahrtsstaat, der diese Ansprüche jedoch immer weniger gewährleisten konnte. Die Grenzen sozialdemokratischer Verteilungspolitik vor Augen, tendierten die jungen Lohnabhängigen dazu, den Kampf um den Statuserhalt oder Statusverbesserungen mit den Mitteln des Ressentiments auszutragen. Dieser Kampf hatte von Beginn an sowohl eine materielle als auch eine kulturelle Dimension. Die Befragten empfanden ihre Leistungen gesellschaftlich nicht angemessen gewürdigt; sie sahen ihre Lebensentwürfe aber auch moralisch abgewertet. (...) Neben der Wahrnehmung ungerechter Verteilungsverhältnisse animierten Wertmusterkonflikte die jungen Gewerkschaftsmitglieder dazu, ihren Protest an die populistische oder die extreme Rechte zu delegieren. Dieser Protest hatte etwas Rückwärtsgewandtes. Er zeugte von einer »Sehnsucht nach der*

alten Republik«, einem »goldenen Zeitalter«, als die Arbeiterschaft noch respektiert wurde und die ihr Angehörigen noch Möglichkeiten zum gesellschaftlichen Aufstieg hatte. Kritik am »System«, die sich damals bereits artikuliert, richtete sich gegen jene anonymen Mächte, die in den Augen der Befragten zunehmend zerstörten, was das Arbeiterleben eigentlich lebenswert machte.« (Dörre 2020, 19)

Bei der folgenden Landtagswahl 2002 trat die DVU nicht an. Stattdessen erhielt die Schill-Partei gut 52.000 Stimmen, aber »nur« 4,5% der Zweitstimmen, so dass sie keine Fraktion im Landtag stellen konnte. Nur rund 14.000 DVU-Stimmen von 1998 gingen an die Schill-Partei. 63.000, mehr als ein Drittel, blieb der Wahl fern, 47.000 Stimmen gingen an die CDU, 21.000 an die SPD, 12.000 an die PDS, 9.000 an die FDP, 4.000 an andere Parteien. Gut 20.000 DVU-Wähler und -Wählerinnen waren zwischenzeitlich fortgezogen oder verstorben (Zahlen nach Wählerwanderungsbilanz 2002 von Infratest dimap). Dieses Wahlverhalten spricht dafür, dass die DVU 1998 zu einem großen Teil politisch richtungslosen Protest einsammelte, der indes keine Tabu-Grenze gegenüber rechtsradikalen Parteien kannte.

Bei der Landtagswahl 2006 trat die DVU wieder an, erhielt aber nur 3,0% der Stimmen. Bei der Landtagswahl 2011 versuchte die NPD den Einzug in den Landtag, scheiterte mit 4,6% allerdings knapp. 1998 reüssiert die DVU als rechte Protestpartei, konnte aber mangels vorhandener Parteistrukturen sich nicht dauerhaft verankern. Gleichwohl zeigte sie erstmals, welches Potential rechts-nationalistischem Protest in ostdeutschen Ländern als Rohstoff zur Verfügung stehen könnte. Ein paar Jahre später konnte die NPD in Sachsen, wo sie über ausgebaute Parteistrukturen verfügte, dieses Potential erneut abrufen und politisch verdichten.

1998 und 2006 (und 2011 noch die NPD) erzielte die DVU ihre größten Stimmenanteile in den jüngeren Altersgruppen, hier insbesondere unter den ab 1970 geborenen Männern (und Frauen). Die AfD erzielte 2016 hingegen unter den 18- bis 25jährigen, die ihre Stimme abgaben, unterdurchschnittliche Ergebnisse, ebenso unter den 70jährigen und Älteren. Besonders stark war sie unter den 25- bis 60jährigen Männern und Frauen, die in verschiedenen Phasen des Erwerbslebens standen. Bei dem Blick auf das Stimmverhalten nach Geburtsjahrgängen fällt die hohe Annäherung der Stimmenanteile der DVU und der AfD bei den zwischen 1960 und 1980 geborenen Männern und Frauen ins Auge, also unter denjenigen, die 1989/90 höchstens 30 Jahre alt waren und sich unter völlig anderen gesellschaftlichen Bedingungen einen Platz in der gesellschaftlichen Arbeitsteilung erarbeiten mussten als sie nach ihrer Sozialisation in der »arbeiterlichen Gesellschaft« der DDR erwarten konnten und erwartet hatten.

Die AfD erhielt 2016 rund 273.000 Zweitstimmen. 101.000 kamen, so Infratest dimap, von vorherigen Nichtwählern, 38.000 Stimmen von der CDU, 28.000 von der Linkspartei, 20.000 von der SPD, 6.000 von der FDP, 3.000 von den Grünen und 54.000 von anderen Parteien. 8.000 waren Erstwähler und Erstwählerinnen, 15.000 Zugezogene.

ST LTW: Stimmenanteile für DVU und AfD nach Altersgruppen und Geschlecht			
Männer			
Jahrgänge	1998 DVU	2006 DVU	2016 AfD
1992-1998			22,8 %
1982-1991		9,6 %	31,6 %
1972-1981	31,7 %	8,1 %	33,5 %
1957-1971	26,2 %	5,9 %	33,6 %
1947-1956	20,9 %	4,4 %	30,3 %
1946 und früher			20,7 %
Frauen			
Jahrgänge	1998 DVU	2006 DVU	2016 AfD
1992-1998			18,9 %
1982-1991		4,0 %	24,8 %
1972-1981	17,9 %	2,7 %	21,7 %
1957-1971	17,8 %	2,1 %	22,3 %
1947-1956	13,5 %	1,6 %	18,3 %
1946 und früher			12,5 %

Statistisches Landesamt, repräsentative Wahlstatistik. Bei den Geburtsjahrgängen kommt teilweise zu Überschneidungen mit den Altersgruppen der repräsentativen Wahlstatistik.

»Links wählen« in Sachsen-Anhalt

DIE LINKE erzielte 2016 mit 183.290 Zweitstimmen ihr schlechtestes Ergebnis seit 1994, erhielt erstmals nach 1990 weniger als 200.000 Stimmen. Ihr bestes Ergebnis erzielte die PDS 1998 mit 293.000 Zweitstimmen, 2002 und 2011 reichte es für jeweils etwa 235.000 Stimmen, bei der Landtagswahl 2006 holte die Linkspartei.PDS mit 217.000 Zweitstimmen mit 24,1% ihr prozentual bestes Ergebnis.

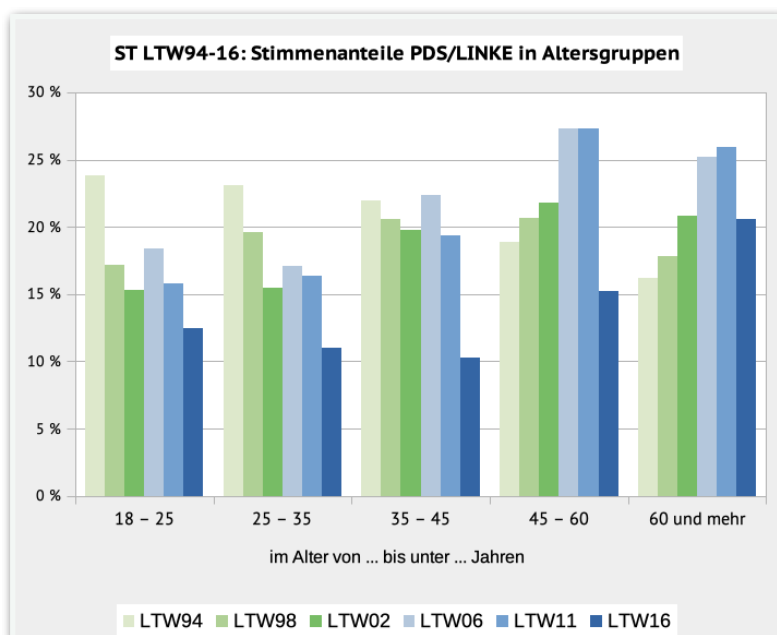
In den gut zwanzig Jahren von 1994 bis 2016 alterte die linke Wählerschaft: Während 1994 die unter 45jährigen Wählerinnen und Wähler noch überdurchschnittlich links, PDS, wählten und die über 60jäh-

Alter von – bis unter ... Jahre	LTW94	LTW98	LTW02	LTW06	LTW11	LTW16
18 – 25	3,9 %	-2,4 %	-5,1 %	-5,7 %	-8,3 %	-3,8 %
25 – 35	3,2 %	0,0 %	-4,9 %	-7,0 %	-7,7 %	-5,3 %
35 – 45	2,1 %	1,0 %	-0,6 %	-1,7 %	-4,7 %	-6,0 %
45 – 60	-1,0 %	1,1 %	1,4 %	3,2 %	3,2 %	-1,1 %
60 und mehr	-3,7 %	-1,8 %	0,4 %	1,1 %	1,8 %	4,3 %

Statistisches Landesamt, Repräsentative Wahlstatistik 2006, 2011, 2016

rigen deutlich unterdurchschnittlich, setzte bereits 1998 eine rückläufig Entwicklung bei den 18-25jährigen ein. Wer 1989/90 kaum volljährig war, wer 1974 oder später geboren wurde, wählte mit 2,4 Prozentpunkten weniger die PDS als der Durchschnitt. 2002 wählte bereits alle unter 45jährigen unterdurchschnittlich die Par-

tei, je jünger desto stärker. Erstmals wählten die über 60jährigen die PDS überdurchschnittlich. Bis 2011 blieb es dabei: bei unter 45jährigen Männer und Frauen waren die Ergebnisse unterdurchschnittlich, bei über 45jährigen lagen sie über dem Durchschnitt. 2016 ging der Einbruch der Stimmen damit einher, dass DIE LINKK nur noch in der höchsten Altersgruppe überdurchschnittliche Stimmenanteile erhielt.



Der Blick auf die Stimmenanteile in den Altersgruppen offenbart eine Unterbrechung durch den Impuls der WASG-Gründung bzw. durch die Bildung des Linkspartei.PDS im Zusammenhang mit den Protesten gegen die sozialdemokratischen Arbeitsmarktrefor-

In allen Altersgruppen stiegen die Stimmenanteile, besonders aber in der Gruppe der 45-60jährigen. Hierbei handelt es sich um die zwischen 1947 und 1961 Geborenen, um die erste DDR-Generation, die sich nun der zweiten Phase ihres Erwerbslebens befand und der Altersrente entgegenschah. Zwölf Jahre zuvor, 1994, zählten sie zur Gruppe der 25-35jährigen, die

ebenfalls bereits überdurchschnittlich die PDS gewählt hatten. Ihre Stärke hatte und hat sie, so lassen sich diese Tendenzen zusammenfassen, in der ersten Generation der DDR, unter den Ende der 1940er bis Anfang der 1970er Jahre Geborenen. Sie hatten einen beachtlichen Teil ihres Erwerbslebens bereits in der DDR-Gesellschaft verbracht und waren auf spezifische Weise von den sozialen - materiellen wie ideellen - Entwertungen und Deklassierungen nach 1990 betroffen. Es war diese Altersgruppe, in der 2016 besonders häufig zur AfD gewechselt wurde. Gleichwohl blieb sie die für das Gesamtergebnis der Linkspartei entscheidende Altersgruppe.

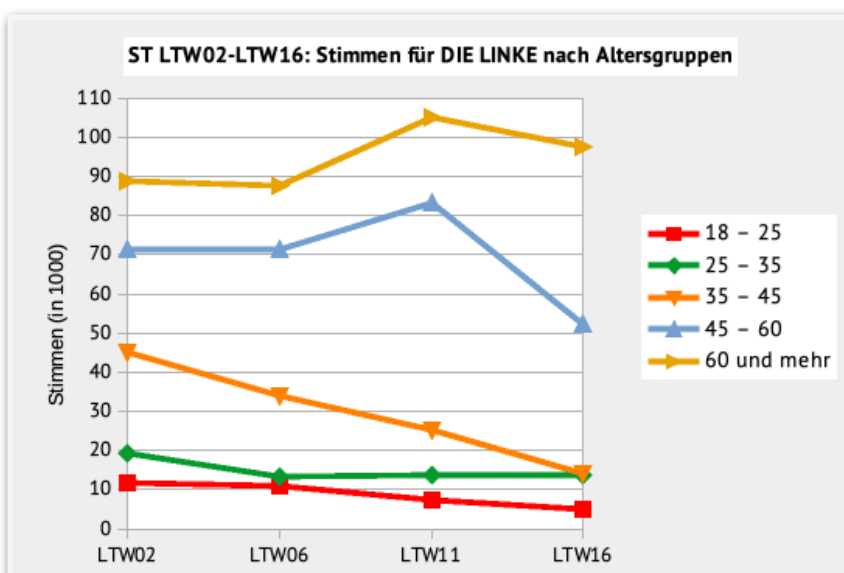
Kamen bei der Landtagswahl 2002 noch 13,1% der linken Stimmen von unter 35jährigen, so 2016 nur noch 10,3%. Der Anteil der 35-45jährigen Wählerinnen und Wähler sank von 19,1% auf 7,8%, der Anteil

der 45-60 jährigen war - erwartungsgemäß - bis 2011 von 30,2% auf 35,4% gestiegen, 2016 dann aber auf 28,6% gesunken - eine eklatanter Einbruch in die bis dahin »normale« demografische Entwicklung der Wählerschaft. Das Gewicht der über 60jährigen wuchs dadurch noch stärker, obwohl der Stimmenanteil auch unter ihnen zurückging: Statt 37,5% der Wählerschaft stellten sie 2016 bereits 53,3%, wobei die über 70jährigen, also die 2021 über 75jährigen, 2016 fast 30% der Stimmen brachten.

Alter von – bis unter ... Jahre	LTW02	LTW06	LTW11	LTW16
18 – 25	5,0 %	5,1 %	3,2 %	2,8 %
25 – 35	8,1 %	6,1 %	5,9 %	7,5 %
35 – 45	19,1 %	15,7 %	10,7 %	7,8 %
45 – 60	30,2 %	32,9 %	35,4 %	28,6 %
60 und mehr	37,5 %	40,3 %	44,8 %	53,3 %
60 – 70				24,0 %
70 und mehr				29,3 %

Statistisches Landesamt, Repräsentative Wahlstatistik 2006, 2016

Ein Blick auf die absoluten Zweitstimmen in den Altersgruppen zeigt die Dramatik dieser sozio-demografischen Tendenzen. Es scheint, als finde in der Altersgruppe der 35-45jährigen ein Bruch statt (der sich natürlich teilweise aus den geringeren absoluten Stimmen in den vorhergehenden Altersgruppen und früheren Wahlen erklärt). Wenn, grob geschätzt, nur 7-8% der Stimmen für die Linke aus der Altersgruppe der 30-40jährigen kommen, die einen Platz in der gesellschaftlichen Arbeitsteilung gefunden, eine Familie gegründet, Kinder bekommen haben und in Kindergärten, Schulen und Vereinen präsent sind, dann fehlt eine ganz entscheidende Verbindung zum sozialen Alltagsleben. Wie die Analyse der rechten Stimmen zeigte, sind hier Bürgerinnen und Bürger, die AfD gewählt haben, deutlich stärker vertreten.



DIE LINKE verlor bei der Landtagswahl 2016 rund 28.000 Stimmen an die AfD, sie machten etwa 11% der AfD-Stimmen aus. Insgesamt verlor DIE LINKE 2016 laut Infratest dimap 119.000 ihrer Wählerinnen und Wähler von 2011. Die Verluste an die AfD machten davon knapp 24% aus, insgesamt gingen 54% der Verluste an andere Parteien. 23% der Verluste (27.000 Stimmen) entfielen auf Nichtwähler und 18% auf verstorbene Wähler. Gleichzeitig gewann DIE LINKE 65.000 neue Wählerinnen und Wähler. 26.000

Altersgruppe von .. bis Jahre	Geburtsjahrgänge der jeweiligen Altersgruppen bei der Landtagswahl						
	1994	1998	2002	2006	2011	2016	2021
18 – 25	1970-1976	1974-1980	1978-1984	1982-1988	1987-1993	1992-1998	1997-2003
25 – 35	1960-1969	1964-1973	1968-1977	1972-1981	1977-1986	1982-1991	1987-1996
35 – 45	1950-1959	1954-1963	1958-1967	1962-1971	1967-1976	1972-1981	1977-1986
45 – 60	1935-1949	1939-1953	1942-1957	1947-1961	1952-1966	1957-1971	1962-1975
60 und mehr	1934 und früher	1939 und früher	1942 und früher	1946 und früher	1951 und früher	1956 und früher	1961 und früher
60-70						1947-1956	1952-1961
70 und mehr						1946 und früher	1951 und früher

waren 2011 Nichtwählerinnen, 27.000 hatte andere Parteien gewählt, vor allem die SPD. Die übrigen 12.000 waren Erstwähler und Zugezogene.

Wahlverhalten, sozialer Status und Bildung

Nachwahlbefragungen zum Wahlverhalten sozialer Gruppen stehen hier für die Landtagswahlen ab 2001 zur Verfügung. Sie machen zusätzlich zu den Unterschieden im Wahlverhalten nach Alter und Geschlecht nochmals Unterschiede nach beruflicher Tätigkeit und formalem Bildungsstand erkennbar.

Wahlverhalten nach formalem Bildungsstand					
	Bildung	LTW02	LTW06	LTW11	LTW16
LINKE	niedrig	17 %	23 %	25 %	19 %
	mittel	19 %	25 %	24 %	15 %
	hoch	25 %	24 %	23 %	18 %
SPD	niedrig	28 %	24 %	26 %	12 %
	mittel	15 %	19 %	21 %	9 %
	hoch	19 %	22 %	20 %	12 %
GRÜNE	niedrig	1 %	2 %	3 %	2 %
	mittel	1 %	3 %	6 %	3 %
	hoch	3 %	6 %	11 %	9 %
CDU	niedrig	39 %	39 %	31 %	30 %
	mittel	39 %	35 %	31 %	28 %
	hoch	32 %	36 %	34 %	32 %
FDP	niedrig	10 %	6 %	4 %	4 %
	mittel	14 %	8 %	4 %	4 %
	hoch	16 %	7 %	4 %	7 %
AfD	niedrig				25 %
	mittel				30 %
	hoch				15 %
NPD	niedrig			5 %	
	mittel			6 %	
	hoch			2 %	
Sonstige	niedrig	5 %	6 %	6 %	8 %
	mittel	12 %	10 %	8 %	11 %
	hoch	5 %	5 %	6 %	7 %

Infratest dimap, Wahlberichterstattung ARD

Beim Wahlverhalten nach Bildungsstand findet eine Unterscheidung von Berufstätigen und Rentnern nicht statt, abgebildet wird der Bildungsstand aller Altersgruppen. Der höhere Anteil niedriger Bildungsabschlüsse in den höheren Altersgruppen und umgekehrt der höhere Anteil hoher Abschlüsse unter den Jüngeren bildet sich daher in der nebenstehenden Zusammenstellung nicht ab.

Ein »niedriger« Bildungsabschluss meint einen fehlenden Abschluss und einen Haupt- oder Volksschulabschluss. Zum »mittleren« Abschluss zählen alle Abschlüsse der 10. Klasse und vergleichbare Abschlüsse. »Hohe« Abschlüsse meinen den Erwerb der Hochschulreife und einen (Fach-)Hochschulabschluss. Bezogen auf berufliche Qualifikationen kann der Bildungsstand als Indikator verstanden werden für einen akademischen Beruf (»hoch«), für einen Fachlehr- und Fachschulberuf (»mittel«) und für betrieblich angelernte und ungelernete Berufe (»niedrig«). Je älter die Befragten, desto eher finden sich Personen mit einem niedrigen Bildungsstand unter den Fachberuflern, je jünger sie sind, desto wahrscheinlicher ist, auf eine Person mit Hochschulreife zu treffen, die (zunächst) einen Fachberuf erlernt hat (vgl. Kahrs 2021, 22-33).

Das Wahlverhalten nach Bildungsstand unterscheidet sich in Sachsen-Anhalt nicht wesentlich von dem in anderen Landtagswahlen. Die Grünen sind als Akademiker-Partei klar erkennbar, CDU und LINKE als Parteien, die in allen Bildungsschichten etwa gleich vertreten sind, was sich allerdings für die LINKE 2016 ändert. Die SPD war bis 2011 die Partei, die überdurchschnittlich von Wahlberechtigten aus angelernten Berufen und Fachberufen gewählt wurde. An den Wahlergebnisse für »sonstige« Parteien, für die NPD und 2016 dann für die AfD ist zu erkennen, dass es vor allem mittlere Qualifikationen, Facharbeiter und in geringerem Maße Facharbeiterinnen sind, die auf der Suche nach einer neuen politischen Heimat sind und diese in der AfD finden.

Unterschiede im Wahlverhalten von Erwerbstätigen spiegeln insbesondere das Wahlverhalten der 25-60jährigen Männer und Frauen.

Erwerbstätige Arbeiter dürften bereits 1998 zu einem hohen Prozentsatz die DVU gewählt haben. Das legt der hohe Prozentsatz für »Sonstige« 2002 (u.a. »Schill«-Partei) nahe, auch die 11% für die NPD 2011. Während die Stimmenanteile von wählenden Arbeiterinnen und Arbeitern für die SPD von 2002

bis 2011 konstant bleiben, die für die LINKE sogar steigen, verliert die CDU währenddessen ihren Status als Partei der Arbeiter. 2016 kommen LINKE und SPD nur noch auf gut ein Fünftel der Stimmen von erwerbstätigen Arbeitern, während fast doppelt so viele die AfD wählen und nahezu jeder sechste eine »sonstige« Partei. Diese Anzeichen politischer Hei-

matlosigkeit und Suche finden sich unter erwerbstätigen Angestellten auch, aber weniger ausgeprägt, Dort sind die Verluste der CDU geringer, diejenigen von SPD und Linkspartei im Vergleich dazu höher und statt mehr als die Hälfte der Arbeiter wählt nur ein knappes Drittel der Angestellten Parteien außerhalb des etablierten Parteienspektrums von FDP bis Linkspartei. (Weitergehende Analysen zur Wahlentscheidung für die AfD finden sich unter anderem bei Falkner/Kahrs 2019 und Kahrs 2019)

LTW ST: Wahlverhalten der erwerbstätigen ...								
	Arbeiter				Angestellten			
	LTW02	LTW06	LTW11	LTW16	LTW02	LTW06	LTW11	LTW16
LINKE	17 %	24 %	25 %	13 %	22 %	23 %	22 %	15 %
SPD	19 %	20 %	20 %	9 %	16 %	19 %	19 %	10 %
GRÜNE	4 %	6 %	6 %	4 %	3 %	4 %	10 %	7 %
CDU	41 %	33 %	27 %	20 %	37 %	41 %	34 %	30 %
FDP	6 %	3 %	3 %	3 %	17 %	7 %	4 %	6 %
AfD				37 %				22 %
NPD			11 %				4 %	
Sonstige	14 %	8 %	8 %	14 %	5 %	6 %	7 %	10 %

Infratest dimap. Infratest unterscheidet nach Tätigkeit, die Forschungsgruppe Wahlen nach sozialem Status, weshalb in deren Zahlen auch verrentete Arbeiter enthalten sind.

Zitierte Literatur

Klaus Dörre (2020): In der Warteschlange. Arbeiter*innen und die radikale Rechte, Münster

Wolfgang Engler (2002): Die Ostdeutschen als Avantgarde, Berlin.

Thomas Falkner / Horst Kahrs (2019): Soziale Merkmale und Erklärungsfaktoren zum AfD-Wahlerfolg in Brandenburg, RLS - <https://www.rosalux.de/publikation/id/41462/der-afd-wahlerfolg-in-brandenburg-bei-der-landtagswahl-am-1-september-2019?cHash=47a349f1e589a5a57014cd82c998d20b>

Horst Kahrs (2019): Aufstieg der Rechtsradikalen, Schwäche der Linken und die Kultur der arbeitenden Klassen - <http://www.horstkahrs.de/2019/12/31/rechts-wirkt-links-schwaechelt/>

Horst Kahrs (2021): Die Landtagswahlen in Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz am 14. März 2021 - Wahlbericht und erster Kommentar (15.3.2021) - <https://www.rosalux.de/publikation/id/43954/die-landtagswahlen-in-baden-wuerttemberg-und-rheinland-pfalz?cHash=aaf150b6bb9706f6bbbe142ff6e8a312>